

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit bezeichnet einen genuin zeitbezogenen Begriff, der sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Wahrnehmungen und Wirkungen verschiedenster Phänomene kennzeichnet. In diesem Beitrag wird Nachhaltigkeit zunächst definiert, wobei auf die Normativität des Begriffs und ethische Konnotationen eingegangen wird. Anschließend erfolgt eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Begriffs. Die wesentlichen Bezugsrahmen von Ökonomie, Ökologie und Sozialem werden darauf aufbauend erläutert, wobei der Bildung für nachhaltige Entwicklung ein besonderer Stellenwert beigemessen wird. Zuletzt wird die spezifische Unterscheidung einer schwachen und einer starken Nachhaltigkeit dargestellt.

Laut Duden hat Nachhaltigkeit die Bedeutung einer über eine längere Zeit anhaltenden Wirkung. Dieser Bezug auf ein langfristiges oder gar dauerhaftes Bestehen verweist – von der Gegenwart ausgehend und oftmals die Vergangenheit beschreibend bzw. bewertend – auf eine Zukunft in zeitlicher Ferne. Darüber hinaus bezieht sich Nachhaltigkeit gegenständlich auf die Nutzung von Ressourcen und ist auf ein generationales menschliches Handeln ausgerichtet. Somit ist Nachhaltigkeit definiert als ein ökonomisches, ökologisches und soziales Handeln bzw. eine Entwicklung, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987: 46).

Bereits hier zeigt sich das normative Leitbild des Begriffs, das sich auf Lebensbedingungen und -stile bezieht und Nachhaltigkeit als ethisches Prinzip mit der Funktion einer regulativen Idee beschreibt (vgl. Ott/Döring 2011: 27; Pufé 2014: 20). Dieser liegen moralisch begründete Leitlinien des Handelns zugrunde, die einem Gerechtigkeitspostulat folgen und die Verantwortung des Menschen für seine natürliche Umwelt, seine soziale Mitwelt und sich selbst ins Zentrum stellen (vgl. Michelsen/Adomßent 2014: 25). Neben dieser Deutung ist das Konzept der Nachhaltigkeit alltagsweltlich und -sprachlich geprägt, was eine Perspektivenvielfalt, zugleich jedoch auch eine Beliebigkeit des Begriffsgebrauchs mit sich bringt (vgl. Ott/Döring 2011: 19ff.). Nachhaltigkeit ist einer Studie der Gesellschaft für Kon-

sumforschung aus dem Jahr 2016 zufolge 90 % der Befragten bekannt, die damit u.a. umweltgerechtes Handeln, den sparsamen Ressourcenumgang sowie nachwachsende Rohstoffe assoziieren, was nahelegt, dass trotz dieser Diversität ein Begriffskern mit einem klaren Inhalt existiert (vgl. Apel 2018: 120).

Nachhaltigkeit geht in der deutschen Sprache *erstens* auf einen forstwirtschaftlichen Begriff zurück, der Anfang des 18. Jahrhunderts durch Carl von Carlowitz verwendet wurde, um eine regenerative Nutzung des Waldes zur Holzgewinnung zu beschreiben. Demnach sollten nur so viele Bäume gefällt werden, wie nachwachsen, ohne die Substanz des Waldes zu schädigen. Diese „nachhaltende Nutzung“ verweist auf eine Beständigkeit über die Gegenwart hinaus, die auf einem umsichtigen Handeln in der Vergangenheit basiert (vgl. Michelsen/Adomßent 2014: 4). Wirksamkeit und Erfolg einer Maßnahme auf Dauer kennzeichnen daher diese Lesart von Nachhaltigkeit.

Ein *zweites* Begriffsverständnis entstand im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts durch die Übertragung von „Sustainability“ bzw. „Sustainable Development“ aus dem englischen auf den deutschen Sprachraum. Der Bezug auf diesen Begriff des „Aufrechterhaltens“ ist eng mit internationalen Diskursen über eine umweltgerechte Entwicklung verbunden, wie sie im Rahmen des Berichts *Die Grenzen des Wachstums* des Club of Rome von 1972, der Weltumweltkonferenz in Stockholm im gleichen Jahr, vor allem aber des Brundtland-Berichtes „Unsere gemeinsame Zukunft“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) von 1987 geführt wurden (vgl. Meadows u.a. 1972; Hauff 1987).

Die seit den 1970er Jahren bestehende Fokussierung des Begriffs auf Dauerhaftigkeit wurde im Zeitverlauf um den Aspekt der Zukunftsfähigkeit bzw. -verträglichkeit ergänzt, was insbesondere im Rahmen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro in der Agenda 21 zum Ausdruck gebracht wurde. Seitdem setzte sich die Bezeichnung „Nachhaltigkeit“ bzw. „nachhaltige Entwicklung“ im deutschen Sprachgebrauch durch (vgl. Apel 2018: 121). Innerhalb der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (2016) ist in diesem Sinne von „enkelgerecht“ als Synonym für nachhaltig die Rede (Bundesregierung 2016: 11).

Wesentliche Bezugsrahmen von Nachhaltigkeit waren ökonomische, ökologische sowie soziale Aspekte, die gleichrangig betrachtet und im Sinne einer globalen und Generationengerechtigkeit inter- und transdisziplinär erforscht und (auch politisch) bearbeitet werden sollten (vgl. Michelsen/Adomßent 2014: 45). Hier fand ein Entwicklungsprozess von einer Dominanz einzelner Aspekte hin zu einer Egalität dieser drei Dimensionen statt, die sich inzwischen an einer Offenheit gegenüber den verschiedensten Agierenden sowie unterschiedlichen Weltanschauungen und einer zu differenzierenden Reichweite (lokal, global) in Nachhaltigkeitskonzepten ausdrückt (vgl. Uekötter 2018: 116).

Im Bericht des Club of Rome (1972) waren demgegenüber zunächst nur ökonomische mit ökologischen Belangen verknüpft; eine auf Wirtschaft ausgerichtete Wachstumskritik warnte vor massiven, prognostizierten ökologischen Schäden (vgl. Michelsen/Adomßent 2014: 7). In weniger entwickelten Staaten wurden der postulierte Wachstumsverzicht und das Konzept der „nachholenden Entwicklung“, in dem industriell hochentwickelte Staaten als Vorbild betrachtet wurden, kritisch bewertet (vgl. Ott/Döring 2011: 29).

Die Stockholm-Konferenz der UN über die menschliche Umwelt (1972) dokumentierte ähnliche, divergierende Interessen: Die so genannten Länder des Nordens favorisierten einen Kampf gegen eine globale Umweltverschmutzung, während für die Länder des Südens Armutsbekämpfung und die Sicherung weiterer menschlicher Grundbedürfnisse, z.B. nach Bildung und Gesundheitsversorgung, zentral war. Der Betonung einer zukunftsfähigen ökologischen Entwicklung stand somit eine Fokussierung auf ökonomische und soziale Problemlagen gegenüber (vgl. Ott/Döring 2011: 29f.; Michelsen/Adomßent 2014: 8).

Der Bericht der Brundtland-Kommission verband 1987 diese Konfliktlinien zwischen den Nachhaltigkeitsdimensionen miteinander, wofür der dort eingeführte Begriff der dauerhaft nachhaltigen Entwicklung steht (vgl. Ott/Döring 2011: 32). „Sustainable Development“ wird in dem nach der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland benannten Bericht als „nachhaltige Entwicklung“ lebenszeitbezogen definiert, indem eine Generationengerechtigkeit im Zentrum steht und betont wird, dass es keine Zukunft ohne Nachhaltigkeit geben kann (vgl. Hauff 1987: 46).

Ökonomische Nachhaltigkeit kennzeichnet den Erhalt wirtschaftlichen Kapitals für zukünftige Generationen, wobei die ökonomische Lebensgrundlage erhalten werden soll. Eine nachhaltig ausgerichtete Wirtschaft ist dauerhaft betreibbar; wesentlich ist hier, z.B. finanziell nicht über individuelle oder gesellschaftliche Verhältnisse zu leben und so zukunftsfähig zu sein (vgl. Blank 2001: 375f.). Ideen einer Postwachstumsökonomie, wie u.a. von Niko Paech vertreten, spielen im Diskurs um ökonomische Nachhaltigkeit ebenso eine Rolle wie die zunehmende Bedeutung von Stakeholdern (z.B. Mitarbeiter*innen, Kund*innen) gegenüber Shareholdern (z.B. Aktieninhaber*innen) im Sinne partizipativerer, demokratischerer Wirtschaftsideen und -ideale (vgl. Pufé 2014: 19).

Ökologische Nachhaltigkeit bezeichnet die Erhaltung der Natur, in der Landschaft, Biodiversität und Klima konstant bleiben sollen (vgl. Michelsen/Adomßent 2014: 34). Der Schutz natürlicher Ressourcen durch eine nachhaltige Lebensweise ist dabei zentral. Drei zeitbezogene Aspekte sind zu dieser Zielerreichung wesentlich: Erstens ist ein nachhaltiger Ertrag erneuerbarer Ressourcen wichtig, die sich in der Zukunft regenerieren. Zweitens soll eine sparsame Nutzung nicht erneuer-

barer Ressourcen erfolgen, die möglichst zeitnah durch regenerative Ressourcen ersetzt werden. Drittens sollen Emissionen in die Umwelt dauerhaft der Assimilationsfähigkeit der Natur entsprechen (vgl. Blank 2001: 377).

Soziale Nachhaltigkeit ist laut Brundtlandbericht (1987) durch das Streben nach inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit definiert. Gegenwärtig und zukünftig lebenden Menschen soll die dauerhafte Sicherung ihrer Existenz ermöglicht werden. Für eine intragenerationale Gerechtigkeit ist der Agenda 21 von Rio (1992) zufolge der Abbau weltweiter Disparitäten wichtig, der u.a. im Zugang zu Bildung und Gesundheitsvorsorge liegt. Diese Verbesserung von Lebenschancen bezieht sich zudem auf Gleichberechtigungsforderungen. Insgesamt ist der Aspekt der Sozialverträglichkeit hier wesentlich, der sich an einer solidarischen Grundordnung orientiert. Maßgeblich dafür ist eine globale und lokale Verteilungsgerechtigkeit, die gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert und die stetige Verbesserung von Partizipationsmöglichkeiten anstrebt (vgl. BMU 1993).

In einer engen Verbindung zur ökonomischen, vor allem aber zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit steht die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), die das Ziel verfolgt, insbesondere die junge Generation für zukünftige Nachhaltigkeits Herausforderungen zu sensibilisieren. Handlungsgrundlage dafür ist wiederum die Agenda 21, die im Kapitel 25 betont, dass jugendspezifische Betrachtungsweisen zu berücksichtigen sind, denn „es ist unbedingt erforderlich, dass Jugendliche aus allen Teilen der Welt auf allen in Betracht kommenden Ebenen aktiv an der Entscheidungsfindung beteiligt werden, weil diese ihr Leben heute beeinflusst und Auswirkungen für die Zukunft besitzt“ (BMU 1993: 281). Im Zentrum der Bildung für nachhaltige Entwicklung steht aktuell ein Wandel von einer Wissens- und Bewusstseinsbildung hin zu einer Befähigung zu nachhaltigem Handeln. Die Entwicklung von entsprechenden Kompetenzen soll nun im Mittelpunkt pädagogischer Angebote stehen (vgl. Apel 2018: 122). Im BNE-Konzept sollen darüber hinaus Umwelt- und Entwicklungsbildungsansätze miteinander verbunden werden, die unterschiedliche Traditionslinien verkörpern.

In der innerhalb von Umweltschutzinitiativen entstandenen Umweltbildung spielen ökologische Aspekte eine zentrale Rolle, eine „grüne“ Bildung für nachhaltige Entwicklung und das Eintreten gegen Naturzerstörung sind hier wesentlich. Entwicklungspädagogische Ansätze, die unter dem Dach der Kirche bzw. im Rahmen der Eine-Welt-Bewegung verortet sind, prägen die Idee des „Globalen Lernens“ (vgl. Apel 2018: 127).

Im Feld der politischen Bildung ist demgegenüber die Forderung nach verstärkter Partizipation junger Menschen wichtig, wobei eine Orientierung am Integrationsmodell der Nachhaltigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem (Agendadreieck) erfolgt (vgl. Apel 2016: 226; Apel 2018: 125).

Alle diese genannten Ansätze, seien es einzelne Ergebnisse der verschiedensten internationalen und nationalen Konferenzen, die unterschiedlichen Nachhaltigkeitsdimensionen von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, aber auch pädagogische Traditionen der BNE, lassen sich in Ideen einer schwachen oder starken Nachhaltigkeit unterscheiden. Unterscheidungsgrundlage dabei ist der Gedanke der (Nicht-) Substituierbarkeit von Kapitalarten und die Betrachtung eines Zeitalter-bezogenen Weltbildes als öko- oder anthropozentrisch, worin sich eine Orientierung an einer näheren oder fernerer Zukunft zeigt (vgl. Blank 2001: 378).

Das Konzept der schwachen Nachhaltigkeit betont in Orientierung an einer nahen Zukunft die Übertragbarkeit von Kapitalien, wozu Kompensationen, z.B. des CO₂ für Flugreisen, gehören. Wichtig ist hier, dass das Gesamtkapital erhalten bleibt. Grundlage dafür ist die Orientierung am Wirtschaftswachstum, an technischem Fortschritt, an einem Erhalt des Wohlfahrtsniveaus und die Kennzeichnung der starken menschlichen Gestaltungskraft für die Zukunft als Anthropozän (vgl. Michelsen/Adomßent 2014: 32f.; Uekötter 2018: 114; Ott/Döring 2011: 116f.).

Starke Nachhaltigkeit geht davon aus, dass unterschiedliche Kapitalien nicht (sinnvoll) ersetzbar sind, also Naturressourcen nicht durch finanzielle Ressourcen kompensiert werden können. Vielmehr steht hier die Erhaltung von Naturkapital im Zentrum. Lediglich ein Austausch innerhalb der gleichen Kapitalsorte, z.B. Wiederaufforstung oder der Ersatz fossiler Energieträger durch erneuerbare Energie, gilt als vertretbar. Dem Gedanken der Substitution, wie er für schwache Nachhaltigkeitskonzepte prägend ist, steht die ökonomische Theorie der Komplementarität gegenüber. Sach- und Naturkapital ergänzen sich hier und bilden einen untrennbaren Zusammenhang, was das Beispiel verdeutlicht, dass Fischerboote ohne Fische keinen Nutzen haben (vgl. Ott/Döring 2011: 146ff.). Eine Abkehr von der Wirtschaftswachstums-idee ist daher im Konzept starker Nachhaltigkeitsorientierung zentral. Ein Verzicht auf Flugreisen wäre daher ein adäquater Umgang mit CO₂-Emissionen, nicht jedoch der Handel mit ihnen. Dieser ökozentrische Nachhaltigkeitsansatz betont die begrenzte Belastbarkeit der Biosphäre und orientiert sich an einer fernen Zukunft, in der nachfolgende Generationen einen Anspruch auf das Vorhandensein von Naturkapital besitzen (vgl. Michelsen/Adomßent 2014: 33f.; Blank 2001: 382).

Zusammenfassend ist im Modell der Nachhaltigkeit ein kritischer Blick auf globale und lokale ökologische, ökonomische Entwicklungen in der Vergangenheit wichtig, der gegenwartsbezogene Veränderungen anstößt, um eine Zukunftsorientierung zu fördern, die eine dauerhafte Existenz von Leben ermöglicht.

Maren Zschach

LITERATUR

- Apel, H. (2016): Von der Ökologie zur Nachhaltigkeit. Herausforderungen für die Erwachsenenbildung. In: Hufer, K.-P./Lange, D. (Hg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach: Wochenschau.
- Apel, H. (2018): Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Genese und Potentiale für die Erwachsenenbildung. In: Hessische Blätter für Volksbildung, Jg. 68, Heft 2, S. 119-130.
- Blank, E. (2001): Sustainable Development. In: Schulz, W. F. (Hg.): Lexikon Nachhaltiges Wirtschaften. München: Oldenbourg, S. 374-385.
- BMU (= Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (Hg.) (1993): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21. Bonn.
- Die Bundesregierung (Hg.) (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Neuauflage 2016. Berlin. URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/730844/3d30c6c2875a9a08d364620ab7916af6/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-neuauflage-2016-download-bpa-data.pdf?download=1> [01.09.2019].
- Hauff, V. (Hg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp.
- Meadows, D./Meadows, D./Zahn, E./Milling, P. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Michelsen, G./Adomßent, M. (2014): Nachhaltige Entwicklung. Hintergründe und Zusammenhänge. In: Heinrichs, H./Michelsen, G. (Hg.): Nachhaltigkeitswissenschaften. Berlin: Springer Spektrum, S. 3-59.
- Ott, K./Döring, R. (2011): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis.
- Pufé, I. (2014): Was ist Nachhaltigkeit? Dimensionen und Chancen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 64, Heft 31-32, S. 15-21.
- Uekötter, F. (2018): Wie bildet man für Nachhaltigkeit, wenn niemand mehr weiß, was Nachhaltigkeit ist? Eine historisch-politische Spurensuche. In: Hessische Blätter für Volksbildung, Jg. 68, Heft 2, S. 111-118.